

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

In der Frage ob und inwiefern das Land Sachsen einen Aktionsplan zur „Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen“ umsetzen sollte, komme ich zu folgenden Überlegungen:

1. Die Fraktion DIE LINKE, deren Antrag heute zur Debatte steht, begründet diesen mit den Vereinbarungen der Landesregierung im Koalitionsvertrag 2014 bis 2019, in dem die Passage aufgenommen wurde, dass man einen Aktionsplan erstellen wolle, wonach man „jeglicher Form von Diskriminierung, AUCH auf Grund sexueller Identität entgegen wirken wolle.

Mit etwas Verwunderung habe ich deswegen die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE zur Kenntnis genommen, die sich im gesamten Antrag ausschließlich mit der Diskriminierung auf Grund der sexuellen Identität befasst. Alle anderen Gründe, weswegen Bürger mit Diskriminierung konfrontiert werden, sind völlig ausgeblendet.

Nun ist die Vielfalt der Lebensweisen nicht nur eine Frage der sexuellen Orientierung oder Identität.

Um ein Beispiel zu nennen: Allein die Betreuungsgelddebatte in Deutschland hat exemplarisch gezeigt, dass die Lebensweise einer traditionellen Familienform, oder gar die Lebensform „Hausfrau und Mutter“ in diesem Land ständig und auch von Vertretern der Partei DIE LINKE als „rückständig, altmodisch, sexistisch, stereotyp oder gar mittelalterlich“ tituliert wird. Frauen, die ihre Kinder noch selbst großziehen wollen, werden als „Heimchen am Herd“ beschimpft, ohne dass sich jemand genötigt fühlt, einen Aktionsplan zur Akzeptanz der Lebensform „Hausfrau“ zu initiieren, die doch ohne Zweifel ebenfalls Teil einer „Vielfalt der Lebensweisen“ ist.

Zur Frage, wer in unserer Gesellschaft von Diskriminierung betroffen ist, werden auch andere Gruppierungen, die zahlenmäßig wohl auch deutlich größer sind, im Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht einmal erwähnt.

Angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation, scheint hier viel mehr Handlungsbedarf zur Vorbeugung von Diskriminierung erkennbar. Die Belange der Menschen mit Behinderungen fallen ebenfalls unter den Tisch, was gerade angesichts der Inklusionsbemühungen an unseren Schulen ein sehr aktuelles Thema ist.

Religion, Hautfarbe, Aussehen, Behinderung, Familienform – ein Bemühen um Anerkennung und Toleranz für alle Menschen in Deutschland hat viele Facetten – die sexuelle Identität oder Orientierung ist nur eine von Vielen.

Dass sich die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag ausschließlich auf die Durchsetzung der „Akzeptanz für sexuelle Vielfalt“ konzentriert, stellt aus meiner Sicht eine Privilegierung unter den Minderheiten dar, die durch nichts zu rechtfertigen ist und ruft ihrerseits wiederum faktisch eine neue Diskriminierung anderer Minderheiten hervor, deren Probleme man offenbar nicht für relevant genug hält, um sie mit in dem Antrag zu berücksichtigen.

Entsprechend der Forderung der Fraktion DIE LINKE unter Punkt römisch II müsste die Erarbeitung eines Aktionsplans gegen jegliche Form von Diskriminierung und die Akzeptanz

vielfältiger Lebensweisen nicht nur durch Vertreter verschiedener LSBTI-Gruppen geschehen, sondern durch zahlreiche Vertreter anderer gesellschaftlicher Gruppen, die sich vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt sehen.

Vertreter der christliche und anderen Kirchen, Migrant*innenverbände, Behinderten-Verbände, Mütterverbände, um nur einige zu nennen.

Zusammenfassend stellt sich dann allerdings die Sinnfrage für die Erstellung eines Aktionsplanes, da bereits heute sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene mit Antidiskriminierungsstellen, Behindertenbeauftragten und Gleichstellungsbeauftragten ein ganzes Netz von Ansprechpartnern und Initiativen existiert, die gegen Diskriminierung kämpfen.

Für einen weiteren Aktionsplan besteht also keine Notwendigkeit. Gerade auch im Sinne der Effizienz und Kostenkontrolle wäre eher zu prüfen, ob bereits existierende Anlaufstellen und Maßnahmen intensiver unterstützt werden sollten.

2. Für den aus meiner Sicht abzulehnenden Fall, dass so ein Aktionsplan überhaupt erstellt wird, erscheint mit INHALTLICH die Frage relevant und zu klären, auf welcher rechtlichen Basis eine Landesregierung die Partikularinteressen von LSBTI-Lobby-Gruppen institutionalisieren und umsetzen sollte.

Die Fraktion DIE LINKE regt in ihrem Antrag an, bei der Erstellung eines Aktionsplanes aus den Erfahrungen anderer Bundesländer zu schöpfen, diese Anregung möchte ich gerne aufnehmen.

Die Erfahrung aus anderen Bundesländern hat gezeigt, dass die Forderungen und Maßnahmenvorschläge dieser Gruppe teilweise nahezu radikal sind. In Baden-Württemberg enthielten die ersten Entwürfe eines solchen Planes, der erst durch massive öffentliche Proteste zur Überarbeitung abgewiesen wurde, nicht weniger als die komplette Umerziehung einer ganzen Gesellschaft. Etwa die Forderung, die Akzeptanz einer bestimmten Gesinnung zur sexuellen Vielfalt in Kirchen, Vereinen, Polizeischulen, bei allen Beamten, in allen Ministerien und Verwaltungen, an Schulen, in Schüler- und Elternvertretungen, bei Erziehern, in Hochschulen und selbst in Kindergärten und Altenheimen mit geeigneten Maßnahmen umzusetzen. Es gab die Forderung, Universitäten und kirchlichen Einrichtungen Gelder zu entziehen, wenn sie weiterhin ein sogenanntes „veraltetes Menschenbild“ lehren und selbst die Forderung, sämtliche Medien zu überwachen, inklusive Meldestellen für Verstöße, falls sogenannte „homophobe“ Inhalte auftauchen, waren allen Ernstes in den Forderungskatalog aufgenommen worden.

Selbstverständlich hat jede Lobbygruppe das Recht für ihre Positionen und Forderungen zu kämpfen. Es gibt jedoch kein Recht darauf, dass eine Landesregierung diese umsetzt. In einer Demokratie wird nach Mehrheiten entschieden. Was politisch umgesetzt wird muss in Parlamenten in einem offenen Diskurs oft mühsam ausgehandelt werden. Die Regierung Sachsens ist weder verlängerter Arm, noch Erfüllungsgehilfe für Lobbygruppen, sondern gewählte Volksvertretung für alle Bürger.

Nahezu aberwitzig erscheint da unter Punkt römisch III einen „Ratschlag zur Förderung der Akzeptanz von Lebensweisen“ dauerhaft und durch Steuergelder finanziert zu etablieren, um

die Umsetzung und Evaluierung so eines Aktionsplanes zu überwachen. So ein Gremium und seine Forderungen wären demokratisch durch nichts legitimiert und würden im Gegenteil den normalen demokratischen Meinungsbildungsprozess vorsätzlich aushebeln. Aus der Demokratie der Mehrheit wird damit die Diktatur einer Minderheit.

Der gesamte Antrag krankt zudem an fehlender Definitionsgenauigkeit. Nimmt man allein die Forderung aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE unter Punkt römisch II/6.

„Umsetzungsschritte zur rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung“, und das ist nur eine von vielen Forderungen, stellt man fest, dass es gesellschaftlich - und das auch in Sachsen, völlig unterschiedliche Meinungen dazu gibt, was dies inhaltlich bedeuten soll. In Baden-Württemberg hatte man beispielsweise auch die Forderung nach der Legalisierung von Leihmutterschaft darunter verstanden. Gemeinhin wird auch die sogenannte „Ehe für Alle“ und das Adoptionsrecht für Homosexuelle darunter subsumiert. Gegner dieser Forderungen werden wiederum mit dem ebenfalls nicht näher definierten Begriff „homophob“ tituliert. Sicher scheint nur, dass es zur Frage der rechtlichen Gleichstellung sehr kontroverse Positionen gibt, die in einer demokratischen und freien Gesellschaft auch alle ihre Existenzberechtigung haben. Man nennt das Vielfalt der Meinungen.

Ich empfehle also abschließend von der Erstellung eines Aktionsplanes zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensweisen Abstand zu halten, für den Fall einer Umsetzung allerdings die vielen verschiedenen Gruppen und Interessensvertretungen mit einzubeziehen, anstatt sich einseitig nur mit den Interessen der LSBTI-Gruppe zu befassen. In jedem Fall braucht es dazu unabhängiges und auch wissenschaftlich und empirisch belastbares Datenmaterial. Nicht jeder, der „Diskriminierung“ ruft, ist auch faktisch oder rechtlich diskriminiert. Betroffenheit in der Thematik ist nicht zwingend Expertise, sondern möglicherweise eher Befangenheit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Birgit Kelle, 28. September 2015, Landtag Dresden